

Sefang-Berein.
und p. 9 Uhr:
-Versammlung.
geordnet:
angelegen.
abswahl.
feier.
Probe.
s. Erhalten erwartet
Der Vorstand.
ein 68er.
zum Einzeln am
Sonntag den 22. d., liegt
den u. beim Kameraden
Mittwoch offen.
Der Vorstand.

theater.

Stagemann.

den 15. März 1897.

Salonvater.

den 16. März 1897.

Wienwunder.

den 17. März 1897.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Wienwunder.

Telephon-Anschluss 52.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Größte und meistverbreitete Zeitung der Kreise: Neuß und Grevenbroich.

Redaktions-Ziel. Graunau.

Expedition: Neuß, Markt 15.

Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage; Samstags in 2 Nummern und als Gratisbeilage das St. Quirinusblatt.
Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.75.
Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 20 Pfg. pro Quartal beigegeben.

Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und bei dem kaufkräftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die 6-gelappte Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei größter Annoncen und öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle betriebsfähigen Annoncen-Expeditionen.

Str. 60

Dienstag den 16. März 1897. (Eusebia.)

24. Jahrgang.

Zur Lage im Orient.

* Paris, 13. März. Das Regierungsblatt „Messager“ führt aus, der in der griechischen Antwort-Note enthaltene Vorschlag eines Plebiszits sei ein direkter Angriff gegen die Integrität der Türkei. Außerdem könne ein Plebiszit für Kreta nicht gestiftet werden, weil die übrigen griechischen Völker der Türkei ähnliche Forderungen stellen würden, die nicht abgewiesen werden könnten. Die Durchführung dieser Forderungen sei nur um den Preis von Strömen Blutes erreichbar, weil die Türkei stark genug sei, ein solches Teilungs-werk zu verhindern. Die Aufgabe des Auswärtigen Amtes könne keine andere sein, als vom Standpunkt tren zu bleiben, der in der Note am 2. März ausgedrückt sei. Die Art der Durchführung der Zwangsmaßnahmen sei eine Frage zweiten Ranges. Vorläufig genüge es, wenn das österreichisch-ungarische Geschwader mit den Geschwadern Europas an den Küsten Kreta's die Ordnung aufrechtzuerhalten, weiter brauche man nicht zu gehen. Die Besetzung des Innern der Insel sei vorläufig für österreichisch-ungarische Truppen unnötig.

* Paris, 14. März. Ueber die Erklärungen, die Gontaut, der Minister des Auswärtigen, am Montag in der Kammer machen wird, berichtet, um die sofortige Ausführung dieser Reformen zu sichern, würden die Kriegsschiffe neue Truppen landen, so daß schließlich jede Macht auf Kreta ungefähr 1500 Mann haben würde. (Siehe dagegen Heft.)

* London, 13. März. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau aus Saloniki von vorgestern strömen immer mehr mohamedanische Flüchtlinge aus verschiedenen Orten Thessaliens dort zusammen. Bisher sind 72 Bataillone Infanterie, 6 Regimenter Kavallerie und 20 Batterien an der griechisch-türkischen Grenz-zwischen Elafonia und Eleutheri zusammen-gezogen. Eine große Menge von Pferden wird täglich von Saloniki an die Grenze gelandt.

* Rom, 15. März. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus London vom 14. v. M. Die Mächte beschließen endgültig, die griechische Note nicht zu beantworten und den Administrativen Beschlüssen zu entsprechen, unterzögelt zur Vermeidung der Streitigkeiten zu schreiten.

* Paris, 14. März. Der „Temps“ sagt, das Gerücht bleibt mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit im Umlauf, daß die Cabinette ihre

Auge auf den Prinzen Waldemar von Dänemark, also einen Bruder des Königs von Griechenland, geworfen hätten, welcher das schwierige Amt eines Basallen und Fürsten von Kreta übernehmen solle.

* Paris, 15. März. Die hiesige griechische Gesandtschaft überliefert der „Agence Havas“ ein Aktenschild, welches Schreiben von Führern der Aufständischen von Kreta an den Commodore Reineck enthält, um zu beweisen, daß letzterer, entgegen den Angaben der Mächte, die Kretenser von dem Beschuß der Mächte hinsichtlich der Autonomie unterrichtet hat.

* London, 14. März. Auf dem Trafalgar Square fand heute Nachmittag eine mehrtausendköpfige Versammlung statt, welche für Griechenland und Kreta eine Sympathie-Resolution annahm. Die Versammlung verlief ohne Zwischenfall.

* London, 15. März. Die „Times“ meldet aus Kanea von gestern, in dortigen amtlichen Kreisen werde angenommen, daß die streng durchgeführte Blockade der Insel heute beginnen werde.

* Athen, 14. März. Die Geländeten der Mächte hatten heute eine lange Besprechung. Die Aufständischen fahren mit dem Bombardement auf Spinalonga fort.

Deutschland.

Berlin, 15. März.

* Im Abgeordnetenhaus wurden am Samstag bei der Weiterberatung der Besoldungs- ausgaben im Eisenbahnetat zahlreiche Wünsche zu Gunsten verschiedener Beamtenklassen vorgebracht. So richtete Abgeordneter Ries (Ctr.), vom Abg. Dr. Dunkelberg (nat.-lib.) unterstützt, die Unterordnung der Landbesitzer unter Subalternbeamte, Abg. v. Gersdorff (Nat.) verlangte Besserstellung der Halbescheider, Abg. Dr. D. Pfeiffer (Centr.) Fehr. v. Eynatten (Centr.) und v. Schenkendorf (natl.) die Erhebung der Telegraphisten, die bisher im Gegen-satz zu den Posttelegraphisten als Unterbeamte behandelt werden, zu Subalternbeamten u. i. w. Abg. Sch. in d. Warburg (Ctr.) wünschte Ver-zinsung der Dienst- und Arbeitszeit für die Lokomotivführer und das Werkstättenpersonal. Hossentlich wurde auch den tatfähigen Beamten an den kath. Festtagen, besonders Frohnleichnam, Beurlaubung zum Besuch des Gottesdienstes ge-geden. Auch fragte er, ob die Bemerkung im

Etat, daß dem Zugpersonal wenigstens jeder 3. Sonntag freigegeben wird, sich auch auf das Personal der Berliner Sonderzüge beziehe. Mi-nister Thiele entgegnete, die Dienstzeit jener Beamten sei nicht zu lang. Auch werde bei Eisenbahnenfällen genau untersucht, ob die schul-digen Beamten nicht zu lang angestrengt worden seien. Die preussische Verwaltung sei in dieser Hinsicht für ihre Beamten jeder anderen über-legen. So habe sie, um ihre Grundzüge durch-zuführen zu können, bei der Verstaatlichung der hiesigen Ludwigsbahn auf deren Strecken sofort 365 neue Beamten anstellen müssen. (Bravo.) Auf die gesamte preussische Staatsbahnverwal-tung berechnet, würden 16 Mill. M. erforderlich sein, um jene Grundzüge, wenn sie noch nicht durchgeführt wären, gegenüber den Verhältnissen auf der Ludwigsbahn durchzuführen. Die betr. Gehälter wurden schließlich bewilligt.

Bei dem Titel für Betriebsmaterialien wurde durch einen Angriff des Abg. Kanitz (conf.) auf das Kohlenjudicium, das der Eisenbahnverwaltung zu hohe Preise gemacht habe, eine längere De-batte über diesen Gegenstand veranlaßt. Minister Thiele bestritt, daß er zu hohen Kohlenpreisen habe zahlen müssen, und versicherte, er würde event. Mittel genug haben, um einer unberechtigten Preistreibererei entgegenzutreten. Abg. Hue-d (natl.) nahm das Kohlenjudicium in Schutz und suchte die Berechtigung der Preissteigerung nach-zuweisen.

Die Beratung des Eisenbahn-Etats ist auch heute noch nicht zu Ende geführt worden. Nach-dem im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung noch einige Lokalbeschwerden zum Ausdruck gekommen waren, wurde zum 10. und 11. April der „Reichstag der heutigen Tagesordnung“ und außerdem der Etat des Handelsministeriums auf die Tages-ordnung für Montag gesetzt.

* Staatssekretär Hollmann vom Reichs-marineamt hat, wie nachträglich bekannt wird, vorigen Freitag doch sein Entlassungsgesuch ein-gereicht, aber nicht, wie gemeldet wurde, in Folge einer Auseinandersetzung mit dem Kaiser; eine solche hat stattgefunden mit dem Staatssekretär des Reichsfinanzamtes und dem Reichsanwalt, welche beide gleichermassen überfallen waren, als, wie die „Freie Zeitung“ berichtet, Herr Hollmann, direkt von Wilhelmshafen kommend, freischiff, ohne vorherige Berührung mit dem einen oder mit dem anderen Minister, seine Schrift in der Budgetkommission verteilte ließ mit dem An-

kündigungen von neuen hohen Forderungen für die nachfolgenden Etatsjahre. Diese Ausein-andersetzungen haben den Herrn Staatssekretär zur Einreichung seines Entlassungsgesuches ver-anlaßt, welches aber vom Kaiser abgelehnt worden ist. Dem Reichskanzler und dem Staats-sekretär blieb nunmehr, wenn sie nicht selbst ihre Entlassung nehmen wollten, nichts anderes übrig, als sich möglichst dem Standpunkt des Staatssekretärs Hollmann anzupassen in der Weise, wie es in den nachfolgenden Sitzungen der Budgetkommission der Fall gewesen ist. Hiernach ist auch die Ausrückung Hollmann's vom vorigen Dienstag erklärlich: er werde nicht im Amte bleiben, wenn er die Ueberzeugung gewänne, er besäße nicht mehr das Vertrauen des Reichskanzlers. „Parlamentarisch“, heißt es in der „Freie. Ztg.“ weiter, „ist das Verbleiben des Staatssekretärs Hollmann im Amte völlig gleichgültig, denn Herr Hollmann hat stets das vertreten, was ihm aufgetragen wurde, zu vertreten. Daraus ergeben sich alle seine widersprechenden Erklärungen vor dem Reichstag.“ Wenn das Centrum also einen Theil der Marineforderungen ablehnt, wird Hr. Hollmann, wie die Dinge nun einmal liegen, des Vertrauens des Reichskanzlers nicht ver-lustig gehen. Der „Samm. Cour.“ verweist dar-auf, daß die Erklärung, die der Reichskanzler im Reichstage verlesen hat, offenbar die Ge-währung des Kaisers erhalten habe, da Herr Ho-lenlohe kurz vorher Vortrag beim Kaiser hatte, und daraus schließt das nationalliberale Blatt, daß „wohl auch kein ausreichender Grund für die Annahme vorliegt, daß Abstriche im Marine-etat zum Rücktritt des Staatssekretärs Hollmann führen würden. Geschiehe es dennoch, so läge der Grund eben in dem Umstande, daß Admiral Hollmann bei seinem Vorgehen sich eines ver-ganglichvollen taktischen Fehlers schuldig gemacht hätte.“

* Die Centenarfeier im Reichstage soll durch ein Sonntag, den 21. März, abgehalten-des Festmahl bezeugen werden.

* Zur Hundertjahrfeier werden als Ver-treter befreundeter Mächte nach Berlin kommen: der Kronprinz von Rumänien, der Graf von Flandern, der Kronprinz von Schweden und Norwegen, der Herzog von Connaught, sowie ein besonderer Botschafter der Königin der Niederlande. Ebenso werden aus Österreich, Italien und Rußland Prinzen erwartet. Von den deutschen Fürstlichkeiten wird die große Mehrzahl

Das Geheimnis der alten Kirche.

Ein moderne Spitzgeschichte von M. Elton.

4) (Nachdruck verboten.)
Der Vandrath wachte wenigstens aus ihrem eigenen Wande, daß sie Walte sei und beim Tode ihres Vaters Annahme im Hause seines besten Freundes gefunden habe. Er aber hatte seinen Namen nicht genannt, und sie glaubte, er sei ein Fremder, der nur kurz sich in der Stadt auf-gelassen.

Nun war Welfens Lieb beendigt, der Vandrath mußte ihr wohl viel Schönes erzählen, denn ihr feuriger Blick ruhte wahrhaftig starr auf ihm. Das kleine Schmalbüchsen erzählte, sie begriff, daß, was die Nacht des Abends vermag, auch er, der erste be-zonnene Mann, ganz verloren an dieser — Kette! Ja, das war sie, sagte sich Silbe und vergründete die Thränen, eine herzerlösende Kette war sie, die keinem Men-schen gut war, nur sich selbst. So gut auch die Ab-sichten Herrn Welfens waren, und wie schmerz-lich auch Sandra an ihr hing, Silbe war fest entschlossen, nur ihr Trauerjahr im Hause Welfens zu verbringen. Sie sagte es niemand, wie das geküßte hochmütige Mädchen sie es fühlen ließ, daß sie das Grabesbrod im Hause esse. Aber unterdrückte ließ sie sich nicht von ihr; ohne Fragen, ohne Zweck widerstandslos bald, das lag nicht in ihrer Charakterbeschaffenheit.

Silbe's Blick ruhte auf der Fensterbank, in die sie sich zurückgezogen, nach der Gruppe, die sich das langjäh-rige Mädchen zwischen den ergrauten Pflanzen gewöhnt. Das wohlklingende Lachen Welfens drang zu ihr, des gelesenen Mädchens ruhende Augen schienen nur den Vandrath zu sehen. Seit acht Tagen trauerte Silbe von dem Wanne, der jetzt in den Blickkreis von dem fleghaften Blick des Mädchens getreten, das Silbe geradezu unerträglich war. Ja, wie mußte sie sich schämen! Als er vor einer Stunde lächelnd auf sie zugegriffen war, hatte sie da nicht einen leisen Schrei ausgestoßen? Und dann lag ihr Arm zitternd in dem seinen, und wie er sein Gesicht gütig zu ihr geneigt, sie durch einige gleichgültige Worte zu beruhigen, da hatte sie vernimmt, wie er sich zu ihr aufbeugte. Seit acht Tagen war es dem betrauten Kinde, als dürfe sie sich während der Erinnerung, die sie schändern machte und doch so süß war; seit acht Tagen war das trostlose Gefühl des Verwahrlosten nicht mehr so bedrückend gewesen. Man

war die Frage: ob sie ihn je wiedersehen würde, gelöst; sie sah ihn, sah wie er Welfens anblickte, und sie Silbe schloß die Hände vor das erbleichte Gesicht. O, wäre er doch der Töchter gewesen, wie sie geglaubt, und sie hätte ihn nie wieder gesehen.

Wenn es nur nicht diese Welfens gewesen wäre! Jede Andere hätte ja der ideale Mann angesehen, Silbe aber nicht! Ihr übermütiges Lachen wurde von dem Souper verdrängt. „Das hat Ihnen Sandra nicht erzählt? Freilich, die war im besten Himmel. Dünkel zeichnete sie so aus, daß ich jeden Augenblick erwartete, Herr Welfensbach würde ein-greifen.“

„Warum sollte er das?“ fragte Silbe und sah hin-ab erkannt das Fräulein an.

„O, Sie kleine Unschuld, Sie denken nicht daran, daß Alles, was Welfensbach heißt, seit Jahrhunderten weiß, wie viel und Rang mit klingender Münze zu-tun ließen. Die kleine Sandra wird es schon mit der Zeit lernen, die großen dunklen Augen auf Welfensbach zu richten, als auf einen bescheidenen Amtsdirektor.“

„Herr Dünkel darf sich neben den Besten stellen“, rief Silbe entsetzt.

Lachend stand Fräulein von Holsen auf.

„Sie haben recht, Fräulein Welfensbach; verteidigen Sie Ihre Freunde“, sagte der Vandrath, der plötzlich vor ihnen stand.

„Gute Nacht, meine Damen“, empfahl er sich kurz und ging an das Stüttenbühnen vorüber.

Wie laut klopfte wieder Silbe's Herz! Welfens Ange-sicht nicht milde, etwas Hartes, Strenges war in Welfensbach's Gesicht zu lesen, das Silbe zu ver-nehmen glaubte! Manier lagte er im Vorbeigehen: „Man, man kleine, was den Dünkel anbetrifft, meinen Segen hat Da.“ Welfens schritt eiligst der Türe zu und Silbe war so verblüfft, daß sie nicht wußte, wie ihr ge-schah. Wachte dann Herr Welfensbach nicht, wenn Dünkel's Anmerkungen galt? Freilich wachte er es, hatte doch der Amtsdirektor vom ersten Augenblick an, als der Empfangstage im Sommer in dem den Stüttenbühnen nahe gelegenen schloßartigen Gebäude und in seiner herrlich angelegten Umgebung statt fanden, nur Sandra gesehen. Das erste Mal, als sie schätzten im blä-schigen mit dem roten-schwarzen Bodenpark und dem blauen blühenden Gärten hatte Silbe es selbst gesehen, wie betrocknen, sie vernimmt, Dünkel geworden war, als der dunkle Schleiher der Wimper sich hob und die tiefen seelenvollen Augen zu ihm aufschauten. Und

vor acht Tagen, bei Sandra's erstem Eintritt in die Gesellschaft, da konnte doch Herr Welfensbach nicht mehr im Zweifel sein, wenn Dünkel's Huldigungen galten.

Die letzten acht Tage! Das gute Kind war nicht gekommen, sich Silbe in ihrer ersten Ballonlette zu zeigen, sie hatte sie nicht in der Nacht nach der so löb-lich verbrachten Soiree aufgelacht. „Ich dachte, ich fürchtete“, kaskierte sie am folgenden Morgen — „Man was denn?“ fragte Silbe, die bleich und jämmerlich ansah, und deren Lichtblondes Haar in wirren Locken um das kleine Köpfchen hing. — „Daß es mich betreffen würde, Dich glücklich zu sehen.“ — „Ach, geh doch Kärchen, das ist Dein Ernst nicht!“ — „Silbe, ja, ich bin glücklich, Du hättest gehern nur sehen sollen, wie lieb er gegen mich war.“ — Den Arm um Silbe's Hals geschlungen, erzählte sie ihr, wie er sich zum Souper gefügt, wie er Polonaise und Colonne mit ihr getanzt, und wie er ihr mit der so schönen, wie tiefer Glodenton klingenden Stimme von seiner Heimat und seinem Vater erzählt habe. Das schöne Kind war so lebhaft erregt, daß es nicht merkte, wie zerstreut ihre Zuhörerin war. Diese Nacht, diese unvergeßliche Nacht, an sie dachte Silbe auch.

Aber: war jetzt Zeit, den Erinnerungen Raum zu geben? Eben brachte Welfens den Vandrath triumphierend zurück, auf dessen Gesicht sich ein resigniertes Lächeln zeigte.

Nun galt es, Sandra anzufassen. Eiligst rief sie die Treppe hinauf, lautes Hand sie vor Sandra's Thüre. „Mache auf, ich bin's, Silbe.“

Da schloß sich der Kasten und Silbe stand vor dem jammervoll dreinschauenden Mädchen. „Ach, Silbe, daß er gerade in meinem Hause so tödlich beleidigt worden ist!“ rief sie und weinte an Silbe's Hals.

„Wer hat die Mitteilung davon gemacht?“ fragte Silbe hastig.

„Ich höre, wie Lieutenant Harting laut lachend rief: „Er kommt nicht wieder, der Welfenscher, wie ihn Fräulein Welfens so treffend begräbt.“ Da weißt ja, Silbe, es ist wegen der hellerleuchteten Todtentänze. Kannst Du annehmen, daß sich Herr Dünkel getraut haben soll? So sprich doch; Du bist ganz blaß ge-worden, — sei doch kein Kind, Silbe, das läßt sich gewiß auf die natürlichste Weise erklären. Daß man aber die Behauptung eines ehrenwerten glaubwürdigen Mannes zum Gespötte macht und ihn verhöhnt,“ und Sandra weinte still vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

hier erwartet, oben an der Prinzregent von Bayern, die Könige von Württemberg und Sachsen, die Großherzöge von Baden und Sachsen-Weimar. Dagegen dürften der Großherzog von Oldenburg, der noch jüngst aus Anlass des Geburtstags hier war, und die Herzöge von Sachsen-Meiningen und von Sachsen-Coburg-Gotha bei der hiesigen Feier fehlen. Ebenso ist Fürst Bismarck verhindert, nach Berlin zu kommen.

Das Centrum in Baden wird alsbald nach Osnabrück eine Versammlung von Vertrauensmännern aus allen Theilen des Landes abhalten. Wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten hindernd in den Weg treten, wird dieselbe wohl, wie der „Bad. Beob.“ meldet, in der ersten Hälfte des Monats Mai tagen können.

§ Boycottieren will die sozialdemokratische Commission für Festlichkeiten in München das dortige „Bürgerliche Brauhaus“, weil, wie es heißt, sich die Beamten und Bediensteten des Brauhauses bei den letzten Gemeinderatswahlen als entschiedene Gegner der sozialdemokratischen Partei documentirt haben. Sägt sich die Bekämpfung politischer Gegner durch die Münchener Sozialdemokraten noch überboten? Zu beratigen Mitteln greift eine Partei, die über Unterdrückung Klage führt!

Ein „freier kirchlich-socialer Congreß“ ist für die Osterwoche in Cassel in Aussicht genommen, wie Herr Stöcker im „Volk“ mittheilt. Der Congreß soll gegen die National-Socialen Stellung nehmen und die Christlich-Socialen Stöcker'scher Oberleitung sammeln. Interessant ist, was Herr Stöcker zur letzten Kaiserrede bemerkt: „Auch in den letzten Aeußerungen des Kaisers tritt klar, so heißt es am Schluß der Begründung, der ganze Abstand hervor, der zwischen den kaiserlichen Anschauungen von 1890 und denen von heute vorhanden ist. Jeder begreift, wie durch Alles das die Lage der christlichen Socialreform überaus schwierig geworden ist. Aber gerade deshalb dürfen die Freunde derselben die Hand nicht in den Schooß legen. Wenn wir jetzt, wo die Gegnerschaft gegen uns so stark wie nie zuvor ist, wo die Ausprüche und Anfeindungen für die christlich-socialen Denkenden immer notwendiger werden und wo auch von Seiten verwandter Richtungen unaussprechbare Projects auftauchen — wir denken an das Sozialdemokratismus gewisser Kreise der Evangelischen Arbeitervereine — wenn wir jetzt aufhören oder uns zurückziehen, so würde man uns mit Recht als Fahnenflüchtige bezeichnen.“

„Deutsch oder französisch.“ Am 7. d. M. wurde in der Provinz Westpreußen die erste polnische Wählerversammlung aufgelöst. Dieselbe sollte zu Bippin abgehalten werden, um die Abgeordnetenhauswahl v. Jaworski's zu empfehlen. Als in der Eröffnungsansprache der Redner die Versammelten aufforderte, sich in der Wahltagung jedes unbefonnenen Wortes zu enthalten, sie befragte, ob sie überhaupt daran dächten, sich von der Krone Preußens loszureißen, und dieses einstimmig mit Nein beantwortet wurde, unterbrach der anwesende Amtsvorsteher, Oberförster Braubach, den Redner und verlangte, daß dieser entweder deutsch oder französisch (!) weiterrede, da ihm nur diese beiden Sprachen geläufig seien! Als dies verweigert wurde, löste M. sofort die Versammlung auf. Der Herr Oberförster beherrscht wahrscheinlich auch noch eine andere Sprache, die weniger „deutschfeindlich“ ist als gerade die französische; er hätte die Weiterrede entschieden besser in der russischen Sprache verlangen sollen, denn den Russen stehen wir doch näher als den Franzosen! Uebrigens hätte der Herr sich

während seiner Amtszeit die polnische Sprache aneignen können, wenn ihm an dem Wohle der polnisch sprechenden Unterthanen des Königs von Preußen etwas gelegen. Die Regierung hätte ihm die Mittel hierzu bewilligt, sie stehen ihr ja zur Verfügung.

Der Entwurf zur Handwerksreform, welcher letzten dem Reichstage zugegangen, ist nach Mittheilungen der Berliner Politischen Nachrichten im Bundesrath einstimmig angenommen worden, nachdem derselbe durch gleichfalls einstimmig gefasste Beschlüsse der mit der Vorberatung des preussischen Entwurfs betrauten Ausschüsse, die unter dem Vorsitz des preussischen Handelsministers getagt haben, endlich festgestellt war. Dabei sollen aber eine Reihe von Bundesregierungen ihre Zustimmung ausdrücklich an die Voraussetzung geknüpft haben, daß damit die äußerste Grenze gezogen ist, bis zu welcher den Wünschen der innungsmäßig organisierten Handwerker entgegengekommen werden kann, und daß insbesondere der Wunsch auf allgemeine Einführung des Verfassungsnachweises als Bedingung für die Zulassung des Gewerbes entschieden abgelehnt werde. Wir meinen doch, der Reichstag habe hier auch ein Wortlein mitzureden. Der soll Alles durch den Bundesrath allein festgelegt und entschieden werden?

Fürst Bismarck hat, den Berl. N. N. zufolge, auf die seitens des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe an ihn gerichtete Einladung zum 22. März in einem verbindlichen Schreiben sein Bedauern ausgedrückt, daß sein Gesundheitszustand ihn verhindere, an der Feier Theil zu nehmen.

Die „Geschäftspatrioten“, die gegenwärtig wieder eifrig an der Arbeit sind, hat die Nordb. Allg. Ztg. vor einigen Wochen in einem Artikel mit anerkennenswerther Schärfe gegeißelt. Der Artikel erhebt den Vorwurf gegen sie, sie beuteten abhälligkeit und mit vollem Bewußtsein jene Unklarheit des Denkens aus und schafften eine Karrikatur nationaler Gesinnung, die aber, gleich einem geistlos beleuchteten Transparenzgemälde, der Menge in die Augen fällt, die sich das Ansehen besonderer Vaterländischer Gesinnungsbildung zu geben suchen. „Auf diesem Wege“, so heißt es in dem Artikel weiter, „find wir zu einer ganzen Menge von Erzählungen, Biographien, Theaterstücken gekommen, welche „nationales“ Geldenthum zu feiern vorgeben, ja bisweilen mit verblüffender Dreistigkeit die Gunst und Fürsprache staatlicher Behörden in Anspruch nehmen. — Die nationale Phrase umkleidet manchmal einen geradezu verbrecherischen Inhalt mit täuschendem Gewand. Ein gutmüthig-phyllophäres Publikum flüchtet Beifall, wenn der Bruch des Fahrens, der Verrat an Kriegshelden mit plumpdemagogischer Wendung als nationalpatriotische Tugend dargestellt wird. Ganz zu geschweigen der behauerlichen Mißhandlung der deutschen Geschichte vom „nationalen Standpunkt aus, die theilweise auch in die Schulen eindringt und dort unendlichen Schaden anrichten muß.“ Ob die von der Nordb. Allg. Ztg. mit so verblüffender Schärfe gekennzeichneten „Patrioten“ nunmehr ihre laubere Handwerke einstellen werden? Es ist sehr unwahrscheinlich. Sie werden ihren Unfug weiter treiben, so lange das Publikum von derartigen Erzeugnissen überhaupt noch Kenntniß nimmt.

Ein eigenartiger Proßprozeß auf

neuer Grundlage wird demnächst vor der Strafkammer in Breslau zum Austrag kommen. Gegen den Verleger Oskar Schöy des dortigen sozialdemokratischen Organs, „Die Volkswacht“ ist nämlich (der Bresl. Ztg. zufolge) von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen „Begünstigung“ erhoben worden. Die Begünstigung soll darin gefunden werden, daß Schöy die gerichtlichen Selbstverurtheilungen des früheren verantwortlichen Redakteurs der „Volkswacht“ Waldwin Gerhardt für diesen begünstigt habe. Man darf auf den Ausgang des Prozeß gespannt sein. — Nach dem Gesetze (§ 257 Str.-G.-B.) wird wegen Begünstigung mit Geldstrafe bis 600 M. und event. mit Gefängniß bis zu einem Jahr bestraft, wer nach Begehung eines Verbrechens oder Vergehens dem Täter oder Theilnehmer wissentlich Beistand leistet, um denselben der Bestrafung zu entziehen oder um ihm die Vertheilung des Verbrechens oder Vergehens zu sichern.

Galizisches. Die Abzweigung der viel von deutschen Katholiken bewohnten West- und Südbahnen des k. k. Staatsbahnbauamtes in Wien, die von dem Erzbischof von Prag und die Angliederung dieser Gebiete an das Fürstbisthum Breslau betreffend, wird die Ztg. „Berl. Neue Nachrichten“ hierzu meint der Diözesan: „Wäre es nicht besser, gleich ein Bisthum Posen zu schaffen und Herrn v. Janke als Bischof an dessen Spitze zu stellen? Eigentlich müßte dieser Herr seine Person zum Opfer bringen und zu dem von ihm protegirten deutsch-katholischen Glauben über-treten.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. März. Die Wahlen der fünften Curie des allgemeinen Wahlrechts sind nun zu Ende. Titul wählte 3 katholisch gesinnte Abg.: Jörg (kath. Gewerbetreibender-Fabrikant), Baron Di Pauli (kath. Volkspartei-Bez.), Curt Guntti (kath. Volkspartei-Bez.). Vorarlberg wählte den Schuster Boier (kath. Volkspartei oder Christlich-social). — Böhmen wählte 18 Abgeordnete, darunter 8 Jungtschechen, 7 Sozialdemokraten, 2 deutsch-tschechische. Die Wahl in Prag selbst steht noch aus. — Steiermark wählte 4 Abg., darunter 1 Conservativen, 1 Christlich-Socialen, 1 katholischen Sozialen. Die Wahl in Graz steht noch aus. Dalmatien endlich wählte zwei gemäßigtere kroatische Abgeordnete. Das Gesamtresultat der Wahlen der 5. Curie des allgemeinen Wahlrechts ist also ungefähr folgendes. Es wurden gewählt: 7 (bezw. 8 bezw. 9) katholische Volkspartei, 12 (bezw. 21) Christlich-Social, 12 (bezw. 13) Sozialdemokraten, 9 Polen, 13 Tschechen, 4 Ruthenen, 3 Rumänen, 2 latv. Sozialen, 2 Kroaten, 2 Italiener, 2 Deutschnationalen, 2 Deutsch-tschechische (Liberalen), 1 Anhänger Sozialdemokratie, 1 Anhänger der polnischen Volkspartei. Vom katholischen Standpunkt kann man sich dieses Resultates nur freuen. Die Sozialdemokraten haben allerdings ihr erstes Duzend Mandate erreicht, allein auf circa 20 hatten sie gehofft. Von den Conservativen haben sie Verzichtung nicht zu erwarten. Die Landgemeinden, die Städte und der Großgrundbesitz werden den katholischen Parteien noch großen Zuwachs bringen. Der Liberalismus hat es bei den allgemeinen Wahlen auf ganze 2 Mandate gebracht! Ebenso die Deutsch-Nationalen auf nur 2 Mandate! In den Städten, Handelsstädten und im Großgrundbesitz blühen den Liberalen doch noch einige Hoffnungen. Ihre Niederlage ist aber jetzt schon besiegelt.

Rußland.

Petersburg, 12. März. Wie aus Jalta gemeldet wird, kam es dort, laut „Nat. Ztg.“ zu einem Zusammenstoß zwischen Russen u. Türken, wobei mehrere Russen und Türken dem Verbleiben wurden. Sieben Russen erlitten Verletzungen, viele Personen wurden verhaftet. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurde eine Militärabtheilung aus Livadia beordert, Brandweinbuden und Restaurants sind geschlossen.

Petersburg, 13. März. Die Kaiserin empfing gestern den preussischen Botschaftern Oester v. Moltke vor dessen Abreise und den diesseitigen Militärattaché in Berlin, Oberstleutnant Prinz Engelsthem. Am Donnerstag war Oester v. Moltke von der Kaiserin-Empfangen worden.

Amerika.

Montevideo, 12. März. Die Nachricht, daß die Regierungstruppen von den Aufständischen geschlagen worden seien, wird an maßgebender Stelle als unrichtig erklärt.

40. Rheinischer Provinziallandtag.

Düsseldorf, 15. März.

Eingegangen ist von Seiten des Vorstandes des „Rheinischen Bauvereins“ ein ausführlich begründeter Antrag, der Provinzial-Landtag wolle die Einführung der obligatorischen Kindvieh-Versicherung ablehnen. Ein Antrag des Provinzial-Ausschusses betreffend die Förderung von Wohnunternehmungen, welcher den bisherigen Kredit für Wohnbauten um 6 Millionen M. auf auf im Ganzen 18 M. M. erhöhen will, wird nach dem Kommissionsbericht angenommen. Es folgt die Beratung der besonderen Kommission für den Bericht und Antrag des Provinzial-Ausschusses über die Einrichtung einer allgemeinen Kindvieh-Versicherung in der Rheinprovinz in Verbindung hiermit die Eingabe von Schönefeld-Stodam und des Präsidiums des Rheinischen Bauvereins um Ablehnung der Einführung einer obligatorischen Kindvieh-Versicherung für die Rheinprovinz. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Die Eingabe von Schönefeld-Stodam wird durch Kenntnisnahme als erledigt betrachtet.

Die Stats für die Verwaltung der Angelegenheiten, welche die Förderung von Kunst und Wissenschaft betreffen, ferner für die Verwaltung der Provinzialmuseen zu Bonn und Xrier und gewerbliche Zwecke werden nach dem Antrag des Provinzial-Ausschusses einstimmig ohne Debatte angenommen.

Zu dem Bericht des Provinzial-Ausschusses über die Vertheilung der Einquartierungslast im Frieden beantragte die 1. Sachkommission, zunächst die weiteren Maßnahmen der Staatsregierung und die Entwicklung der sich daraus ergebenden Verhältnisse abzuwarten. Sie beschloß damit in erster Linie eine Erhöhung der Verpflegungsgelder; es wird Vorschlag der Regierung sein, diese eintreten zu lassen. Oberpräsident Raske hofft, seine fortgesetzten Bemühungen in dieser Richtung werden den gewünschten Erfolg haben. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Nach dem 168 318 M. betragenden Ständebonds werden nach dem Antrag der Kommission zur Restauration von Grabdenkmälern in der evangelischen Pfarrkirche zu Simmern 2500 M., zu den Kosten der Restauration des Grabdenkmals Wilhelm des Reichens in der St. Lambertus-Kirche in Düsseldorf 2000 M. (der Provinzial-Ausschuss hatte Vorschlag beantragt) bewilligt. Auf Antrag des Abg. Conz (Düsseldorf) wird der Rest der Vorlage an bloß angenommen.

Der Antrag des Provinzial-Ausschusses betr. die Festlegung von Pauschalsummen für einzelne Beamten an Stelle der reglementarischen Lagegelder und Reisekosten wird auf Vorschlag der Kommission ohne Debatte angenommen. Diese Pauschalsummen, auf Vorschlag des Landesdirectors vom Provinzial-Ausschuss festgelegt, werden vierteljährlich im Voraus gezahlt, wogegen die Liquidationen für die einzelnen Dienststellen fortfallen.

Auf Antrag der ersten Sachkommission wird entsprechend dem Bericht des Provinzial-Ausschusses betr. die Revision der Bauverwaltung der Rheinprovinz, um Herabsetzung des Beitrages zur Witterung und Witterungsverwaltung-Anhalt für die Communalbeamten der Rheinprovinz der § 21 des Statuts der Anhalt zu abändern:

„Tritt ein Communalverband der Verpflegung-Anhalt erst nach Ablauf eines Jahres nach deren Eröffnung bei, so hat er ein Einkaufsgeld zu zahlen, welches sich aus dem von ihm seit der Gründung der Anhalt bis zu seinem Eintritt erparten Jahresbeiträgen zusammensetzt.“

Ebenso ist das Einkaufsgeld zu entrichten, für Beamte, welche nach dem Beitritt eines Kommunalverbandes unter Anrechnung rückfälliger Dienstzeiten zur Anstellung gelangen, oder denen die Pensionberechtigung mit rückwirkender Kraft verliehen worden ist. Das Einkaufsgeld ist nicht zu entrichten für die vor dem Eröffnungstermine der Anhalt — dem 1. Jan. 1892 — liegenden Dienstzeiten.

Der Landesdirector ist beauftragt, den Kommunalverbänden die vaterländische Zahlung des Einkaufsgeldes auf Antrag zu gestatten, sofern die Finanzlage der Anhalt selber dieses angeht. Er ist beauftragt, die Zahlung eines Zuschlages zu den Witterungs- und Witterungsbeiträgen und zwar, wenn der Beitritt zum 1. April 1900 erfolgt, in Höhe von 1,5 Prozent, wenn der Beitritt nach dem 1. April 1900 erfolgt, in Höhe von 2 Prozent der den Beiträgen zugrunde liegenden Dienstlohn, auf die Dauer von 20 Jahren übernommen werden.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Den Stats für die Verwaltung und Unterhaltung der Provinzialstraßen, sowie über die Verwendung des Fonds für den Ausbau von Provinzialstraßen und über die Verwendung des Fonds zur Unterhaltung des Gemeinbesitzes und Kreisbezuges für die Statsjahre 1897/98 beantragt die Kommission annehmen.

Abg. Fritzen (Düsseldorf) bittet den Landesdirector, im Etat künftighin große Mehrforderungen, entweder im Etat oder in einer besonderen Denkschrift zu motiviren. Auch gebe er der Erwägung anheim, ob nicht die Zahl der Straßenbauinspektoren sich verringern lasse.

Landesdirector L. e. i. n. sagt zu, daß den Anregungen des Abg. Fritzen künftig nachgegeben werden solle. Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

Ein längerer Debatte ruft in der Kommission zu dem Bericht des Provinzial-Ausschusses, betreffend die Wünsche des Rheinischen Bauvereins deutscher Arbeiter- und Arbeiterinnen, verschiedener Industrieller an der Wahlheim-Verpflichtung Provinzialstraßen und der Industriellen an der Wahlheim-Verpflichtung am Sittierung der Ausführung des Gesetzes, betr. die Voraussetzungen der Fabriken z. für den Wegbau hervor. Ein Antrag des Kommissionsantrags wird abgelehnt, der Antrag der Kommission angenommen. Die obigen Wünsche am Sittierung der Ausführung dieses Gesetzes sind damit erledigt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist ein Antrag zum Bericht und Antrag des Provinzial-Ausschusses betr. die Kosten des Kaiser Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck zu Coblenz. In dem Bericht, welcher dem 38. Provinzial-Landtag unter dem 25. Mai 1894 über die Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkmal am Deutschen Eck zu Coblenz eingelegt wurde, sind auf Grund der von den Ritters Herren Brano Schmitz und Gumbel vorgelegten Pläne und Kostenanschläge als voranschlägliche Kosten des Denkmal 1,032,000 Mark angegeben worden. Dieser Kostenanschlag ist indes ganz bedeutend überschritten worden, da die zuerst geplante Bauweise ganz erheblich, recht kostspielige Abweichungen bezw. Ergänzungen hat erfahren müssen.

Eine ganz erhebliche Kostenvermehrung wurde durch die Herstellung der Ufermauer, welche in einer Länge von etwa 350 laufenden Metern das Deutsche Eck dem Rheine und der Mosel entlang umschließt, verursacht. Die hieran der Provinz auflaufende Kostenvermehrung beträgt 62,661 Mark, die der Provinz durch den Bau der Ufermauer noch Treppen-Anlagen, Plänen usw. entstehende Summe beträgt etwa 340,000 Mark, so daß sich ein Mehrbetrag ergibt von 340,000 Mark. 62,661 Mark — 277,339 Mark, welcher in dem ursprünglichen Antrag nicht vorgesehen werden konnte. Endlich muß darauf hingewiesen werden, daß an den bisher vorgesehenen Kosten hinzutreten die Kosten für die Herstellung des Denkmalplatzes, als die Herstellung der am das Denkmal herumführenden Straße, die Baumkosten, die Anlagen der Pflanzungen usw., sowie die Ausgaben für manche nicht vorhergesehenen größere Arbeiten, als die Verlegung einer Entwässerungsleitung der Stadt Coblenz.

Wenn nun auch heute der Kostenbetrag, welchen die ganze Bauausführung erfordert, in Anbetracht dessen,

daß noch ein nicht genutzter als feststehend zwischen den R. Mark sich bew.

Nach diesen schätzte die Ueber von 1032 000 nehmigen und Kosten des Denkmalen bei der Veranlagung und Mark aus dem tages entnommen vingslausschuss Tilgung aus an. Die Commis stimmig angeno meister Rieder, probe bei der v ins Protokoll a. Nachste Sige. Strennpflege, E Provinzial-Aus schiedung des Schlus 3/4.

(?) Der A Abend seine C Schmitz erha Ausgaben (schl ab. Nach R. Steins und fanden, wurde ausstehende B mann, wurde wird sich an der Der Eintritt erl.

Die Mi eine And auf für die Centra. [!] Substl gregation „Am Communion, an größeren Festele gegeben worden nates Ant d. J.

Der W. b. eiter W. aus C viel getrunken, daß er von der immer widerber und als die Pol diese los und bi schließlich überm gebracht.

— Auf der Schlager hat, hielt mehrere B. bedeutend, daß e maßte.

— Das Lge wird nun auch heute ist mit be gonnen worden, erbreitet werden.

— Der Redo kannthil im vor zu 9 Monaten nach London. S. seine Strafe im.

— Der Redo Darat Westel von selbstig des Re M. Weidstraß e beide Parteien verachtliche hente ev. 40 Tagen G.

— Heute V unter jungen Le berstehen schwer so schwere Kopbe trat, es heißt, d.

— 1. Semer, 1. Süssen aus Kaba hen Haberer-Pro thälischer Weidig Gefängnis schon Reichsgelung auf Verordnungs d.

— 15. wurden hier der einen derselben, ein Tanzmusik angefeht und seiner einjager Ernährer bracht. Der zwei denstlichen verlan dritten, der an daß derselbe den.

— 13. Kdin findet religiös-social nenen Montag mit Kaplans Schmitz Katholiken in der hielt nach der. R.

— 13. Das durch das Vontoss an IV vanden der Wäme stänche sowie da Weidstraß-We August 1873 an der Feden an den ist anständig an bis spätestens 1. e.

— Von diesem amliche Beschlig das Verfümme an pflichteten angeord Verfassung der Re Neuf, den 15. e. Die Pol. e. T.

Kleines Feuilleton.

Humor im Berliner Gerichtssaal. Nach Areta.

(Nachdruck verboten.)

Wenn Einer mit 'ne Frau reulär jetrant an verheirath ist, an se wird von een janz Andern beleigt an jenz, denn is er in meene jämmtlichen Dojen jar feen Wann nich, wenn er die Beleidigung nich af sich nimmt und sich vor ihr in't Jeld schmeigen thut.“ Mit dieser Auseinandersetzung beantwortete der Arbeiter Gahab Schwindt die Frage des Vorstehenden, ob er sich des ihm zur Last gelegten Vergehens der Mißhandlung schuldig bekenne.

Vorl.: Angeklagter, ich verstehe Sie nicht, antworten Sie ganz kurz und präcise.

Angell.: Det is janz mein Fall, denn det bin id noch von meene verloffene militärische Dienstzeit her so jehohnt und denn doch in de Kürze liegt de Würze, aber id bin noch nie nich vor Gericht jwesen, an wenn id verknagt werd, denn gieh id nach Areta, denn als besterbetet Jandvidebum will id nich in Berlin ramloufen.

Vorl.: Das können Sie halten wie Sie wollen. Kommen wir aber jetzt zur Sache. Sie sollen in der Nacht zum 2. Januar in der Friedensstraße eine Schlägerei angestellt und dem Schneider Mertens drei Bahne eingeschlagen haben.

Angell.: Mit de Angeltetei wird et woll nicht sind, aber jehoch hab id mir janz mächtig, det is richtig an id will et doch jaracht ercht wegdepaitren, denn Wahrheit muß sind vort hohe Jerecht. Aber wenn so'n windijer Jelle, wie der Schneider jleich in de Bahne wadlig wird, wenn er mal 'n bisten af sein losen Rand jellippt kriegt, denn kann ihm det ejentlich nicht schaden, for wat molestet er doch anfändij: Deute; an wenn man in Berlin nich mehr mit seine anjekraute Frau af die Straße jehn kann, denn hört sich Allens af un id gieh lieber nach Areta.

Vorl.: Erzählen Sie kurz, wie die Schlägerei entstanden ist.

Angell.: An Renjahsttag sage id zu meine Frau, sie könnte mitjehn zu Wäldern, wo musikalische Vorträge an patriotische Lieder abgehalten werden sollten. Ja, jet, sie jecht mit, an det war insojweit doch janz reit, wenn da nich drei Bengels jwesen ween, wat

janz anpassable Redereien jemaht hatten. An is meine Frau nich janz jut bel Doge un hat an, wenn se anjelt, allemal 'n Pinzeng mit, id joohe es is jech Nummer dreiviertel, weil se nämlich so kurzschäftig is, det se —

Vorl.: Aber Angeklagter, was hat denn die Kurzschäftigkeit Ihrer Frau mit unserer Sache zu thun?

Angell.: Herr Gerichtsschöffe, von det anfändliche Jevrechen is ja die janze Geschichte herjekommen. Wie nämlich wieder eener von die drei wat jehagt hatte, wat nich janz jehidit war, da jechte sich meine Frau über Kneller af de Wäse an betraachte sich den Menichen überm Dsch weg mal so von oben bis unten. Det hatten aber die Andern bemerken an un jecht der Uj recht af meine Frau los. Id hörte allens, an jarte mir zwar, aber id wollte die vorhandene Jemittelhaftigkeit von die Andern Jasse nich abren. Aber meine Frau wollt nich mehr länger dableiben un da fand mich raus un ja Webern nebennan jehangen an haben da noch een Jass jekommen.

Vorl.: Jetzt werden Sie doch wohl endlich auf den Vorfall selbst kommen.

Angell.: So jleich nach zwölfe jingen wir nach Hanje un well, wie et jecht, der Jassal 'ne Kellerehiere is, so löst er uns wieder den Schneider mit seine Spießejellen in den Weg loufen. Als se ans in't Doge telegten jing de Ujere wieder los, an eener hielt meiner Frau 'n paar Apfelfinen vor't Gesicht an meente det, ob er ihr verleihte mit noch 'n paar Dogen unter de Weeme jessen derste. Na wurde id juchst, an id frag ihm, ob er verleihte mit meente? „Jott bewahre“, meent er, „denn keen Jereb dran, id meene man nur Ihre Weileitern.“ Det war mir nich ja velle, id kriegt et mit de Wath un will ja 'ne fänsipfändij Wadseife ausholten, teije aber im selbjanten Romang schon eenen int Jemid, det id breedtemang af den Schneider jleije an denn hanten se alle af mir los, an meine Frau bejorte det Schreien, an denn kamen Schöffeite, wat uns alle miteinander nach de Wäde drachten. Un wenn id bofor noch noch Strafe teijejn soll, denn gieh id nach Areta, weiter sage id nicht.

Da die Beweisaufnahme in der That ergab, daß der Angeklagte der Angeklagte gewesen, so wurde angenommen, daß derselbe sich im Jahanbe der Nothwehr befunden, und auf Freisprechung erkannt. Herr Schwindt luden nun wohl nicht nach Areta jleichen.

